

PETER H. WERHAHN

## Vereintes Europa, eine gesellschaftspolitische Aufgabe auch für Unternehmer?

Die Einheit Europas ist ein Ziel, das seit dem Ende des ersten Weltkrieges viele – und nicht die schlechtesten – politischen Köpfe anstreben. Angesichts der veränderten Machtverhältnisse in der Welt<sup>1</sup> müssen wir uns diesem Ziel nähern, wenn der Einfluß Europas, und damit auch der Einfluß der christlichen Kräfte Europas, in der Welt erhalten bleiben soll. Unter diesem Aspekt wird das Eintreten für ein einheitliches Europa zu einer sittlichen Pflicht für den Christen angesichts des Ansturms antichristlicher Mächte aus dem Osten.

Ich stelle dies als nicht weiter begründete These den folgenden Überlegungen voraus, obgleich diese These sicher einer nuancierteren Formulierung und eingehenderen Begründung bedürftig und fähig ist.

1. Es wird oft hervorgehoben, daß die Europapolitik nach dem ersten Weltkrieg unmittelbar auf die politische Einheit zielte, während nach dem zweiten Weltkrieg der Versuch unternommen wurde, auf dem Umweg<sup>2</sup> über eine wirtschaftliche Integration zur politischen Einheit zu gelangen. Wichtig ist für unsere Betrachtung, daß in beiden Fällen Politiker die Initiatoren und Motoren dieser Bewegung waren. Die Unternehmer haben auch nach dem zweiten Weltkrieg – zunächst jedenfalls – mehr reagiert, als agiert.

2. Die Diskussion über die Einheit Europas wird dadurch unübersichtlich, daß unklare und unterschiedliche Vorstellungen darüber bestehen, worin denn nun die erstrebenswerte Einheit bestehen soll. Da man neuerdings von einem europäischen Integrationsprozeß spricht, so ist also festzustellen, daß das Ziel eben dieses Prozesses nicht klar ist. Die Vorstellungen reichen vom Europäischen Einheitsstaat über partielle Abgabe von Souveränitätsrechten an eine »supranationale« Instanz bis zur lockeren Zollunion.

---

<sup>1</sup> G. Spindler: *Neue Antworten im Sozialen Raum*, Düsseldorf 1964, S. 19 ff.: West und Ost, Ringen um Macht und Menschen.

<sup>2</sup> So ausdrücklich: A. Müller-Armack in: *Fragen der europäischen Integration*; in: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*, Frankfurt 1957, S. 533.

3. Die Wirklichkeit der modernen Welt ist – ob man das gut findet oder nicht – von der Wiederbelebung des nationalstaatlichen Denkens geprägt<sup>3</sup>. Hierbei scheint bei den Industrieländern die erreichte und bei den Entwicklungsländern die erstrebte Wohlfahrt ein wichtiges Motiv für nationalstaatliche Reaktionen zu sein. In dieser Sicht erweist sich der Nationalismus als ein materialistischer Gruppenegoismus, der ein schwieriges Hindernis auf dem Wege zu einem höheren Grade von Solidarität zwischen den Völkern ist. Die Beispiele hierfür sind zahlreich<sup>4</sup>.

4. Wenn Nationalismus ein Hindernis zur europäischen Einigung – was immer man darunter verstehen mag – ist, und wenn ein wichtiges Motiv dieses Nationalismus im Interessenegoismus liegt, dann ist offenbar Voraussetzung für jede Europäische Einigung, daß es gelingt, den europäischen Völkern ins Bewußtsein zu bringen, daß eben die Einheit ihrem Interesse entspricht<sup>5</sup>.

Ein weiteres gehört hinzu: das Nationale entsteht aus dem Bestreben zur Absonderung nach geographischen, völkischen oder historischen Gesichtspunkten. Das Nationalbewußtsein ist der Ausdruck dieses völkisch differenzierenden Selbstbewußtseins. Das vorher genannte egoistische Interessen-Motiv ist demnach weniger Ursprungs- als Verstärkungsmotiv unter den Bedingungen der heutigen Zeit. Nun ist es ein eigenartiges Phänomen, daß das Nationalbewußtsein im alten Sinn des 19. Jahrhunderts heute bei vielen Menschen überlagert wird von dem Bewußtsein, Europäer, vielleicht sogar Weltbürger zu sein. Dadurch entstehen Konflikte, die sich darin manifestieren, daß europäische Lippenbekenntnisse und Grundsatzserklärungen ebenso zahlreich sind wie die praktischen Schwierigkeiten, in den Sachfragen akzeptable Lösungen zu finden.

Für jede Europapolitik stellt sich daher eine doppelte Aufgabe: einmal das praktische Interesse an einer Einigung deutlich zu machen, zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Verteidigung;

---

<sup>3</sup> Vgl. *G. Myrdal*, Internationale Wirtschaft, Berlin 1958. Vor allem dort das IV. Kapitel: Nationale und internationale Integration. *Fritz Berg*: Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Integration Europas; Rede, gehalten am 10. 9. 1960 in Zürich, veröffentlicht in: Europa-Archiv, Folge 21/1960.

<sup>4</sup> Man könnte z. B. auf die amerikanische Schutzzollpolitik hinweisen, ebenso auf das Agrarproblem in der EWG und die engstirnige nationalistische Entwicklungspolitik vieler lateinamerikanischer Staaten.

Vgl. auch *G. Myrdal* am angeführten Ort (a. a. O.).

<sup>5</sup> *Myrdal* a. a. O., S. 42.

*U. Meyer-Cording* in seinem Aufsatz: Die europäische Integration als geistiger Entwicklungsprozeß; in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Berlin 1961, S. 317.

sodann aber alles zu tun, um die Bildung eines europäischen Bewußtseins nicht nur bei einer kleinen Elite, sondern auch in den breiten Schichten der Völker zu stärken<sup>6</sup>.

Auf diese Weise könnten die Konflikte, die auf dem Wege des Integrationsprozesses immer wieder auftreten, allmählich abgebaut werden, und die Europapolitik könnte eine breitere Grundlage mit besseren Erfolgsaussichten erhalten. Denn Politiker, zumindest gute Politiker, vollstrecken ohnehin nur, was sich im geistigen, im sozialen und im wirtschaftlichen Bereich vorbereitet hat. Politiker, die der inneren Entwicklung ihres Volkes vorausziehen, scheitern ebenso wie nur konservierende Politiker, die die historischen Entwicklungskräfte zurückzustauen versuchen.

5. Die praktischen Vorteile, die ein vereintes Europa auf vielen Gebieten haben würde, sind – angesichts der konkurrierenden großen Einheiten in Amerika und Rußland – zum mindesten auf lange Sicht, so offensichtlich, daß sie hier nicht dargestellt zu werden brauchen. Immerhin wäre hier wohl zu fragen, was formal und inhaltlich unter einer wirtschaftlichen Integration Europas zu verstehen ist<sup>7</sup>. Ganz allgemein definiert *Myrdal*<sup>8</sup> folgendermaßen:

»Wirtschaftliche Integration« ist die Verwirklichung des alten westlichen Ideals der Gleichberechtigung. Die Wirtschaft ist nicht voll integriert, solange nicht alle Wege für jedermann frei sind und es nicht eine gleiche Entlohnung für produktive Arbeit gibt, unabhängig von rassischen, sozialen und kulturellen Unterschieden.

»Internationale Wirtschaftsintegration« ist die Verwirklichung des gleichen Ideals der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen Völkern verschiedener Nationen.

Diese formale Definition läßt sehr verschiedene Inhalte zu, die insbesondere verschiedenen Graden der Integration entsprechen.

In West-Europa finden wir zur Zeit zwei größere Integrationsgebilde: EWG und EFTA.

Die EWG ist zwar im Kern, d. h. nach innen nur eine Zollunion, tendiert ihrem Wesen nach aber zu einer Wirtschaftsunion mit gemeinsamer Handels- und Wirtschaftspolitik<sup>9</sup>. Die EFTA dagegen be-

<sup>6</sup> *Myrdal* a. a. O., S. 68.

<sup>7</sup> *Müller-Armack* a. a. O., S. 532. *W. Hallstein* in seinem Aufsatz: *Wirtschaftliche Integration als Faktor politischer Einigung*; in: *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*, Berlin 1961.

<sup>8</sup> *Myrdal* a. a. O., S. 13 und 16.

<sup>9</sup> *Hallstein* a. a. O., S. 273 ff. *G. Gundlach* in Band 4 der Veröffentlichungen der

schränkt sich darauf, eine Freihandelszone zu bilden. *Röpke* kritisiert die ambitiöse Integrationspolitik der Europa-Kommission, während *Hallstein* gerade darin ihren politischen Sinn sieht: »was in den Organen der Gemeinschaft geschieht, ist eine unablässige Umformung des Bewußtseins, ein Hineinwachsen in gemeinsame Verantwortung«. Das wäre vollständig überzeugend, wenn diese Gemeinschaft eine umfassend europäische Gemeinschaft wäre und nicht nur, wie *Röpke*<sup>10</sup> bewußt abwertend sagt, ein Sechser-Club. So ist es auch zu verstehen, daß die deutsche Industrie durch ihren Präsidenten 1960 den Vorschlag machte<sup>11</sup>, die politischen Instrumente des Vertrages von Rom zunächst beiseite zu legen und es mit einer umfassenden Zollunion zu versuchen. In der historisch-politischen Situation, in der wir uns befinden, scheint klar zu sein, daß eine bloße Zollunion nicht genügt<sup>12</sup>, daß aber eine volle politische Einheit ein utopisches Ziel<sup>13</sup> ist, das einer realistischen Politik nur hinderlich sein kann, weil es die Ausflucht in unaufrichtige Deklamationen erleichtert<sup>14</sup>.

6. Was immer man gegen die EWG sagen mag und vielleicht sagen muß: in ihrem Bereich und vielleicht sogar darüber hinaus hat sie durch die Arbeit ihrer Organe neben Ansätzen zur Integration auch zur Bildung und Stärkung eines europäischen Bewußtseins beigetragen<sup>15</sup>.

---

Walter-Raymond-Stiftung: Die unternehmerische Verantwortung in unserer Gesellschaftsordnung; Köln 1964, S. 124.

<sup>10</sup> Welt am Sonntag, 22. 8. 1965.

<sup>11</sup> *F. Berg*, Rede Zürich a. a. O.: »Ich präsentiere Ihnen den Gedanken, die gesamt-europäische Zusammenarbeit in der Form einer Zollunion zu ordnen. Dabei müßte auf eine Reihe der wesentlich politischen Bedingungen, die mit dem EWG-Vertrag verknüpft sind, verzichtet werden.«

<sup>12</sup> *Müller-Armack* hat m. E. mit Recht darauf hingewiesen, daß der Hinweis auf den deutschen Zollverein irreführend ist. A. a. O., S. 534.

<sup>13</sup> *Röpke*, Welt am Sonntag, 22. 8. 1965.

<sup>14</sup> *A. Müller-Armack*: Die Einheit Europas – geistes- und wirtschaftsgeschichtlich gesehen; in: Religion und Wirtschaft, Stuttgart 1959, S. 590:

»Es wäre die Preisgabe dessen, was europäische Einheit in der Geschichte selbst je war, wenn man diese Einheit etwa in Form eines europäischen zentralen Überstaates schaffen wollte, der in Wirklichkeit nur die endgültige Inbesitznahme Europas durch den Nationalstaat wäre. Es kann sich für uns nur darum handeln, jener zu weit getriebenen Auflockerung in Nationalstaaten eine wirksame Integration entgegenzusetzen.«

*Myrdal* a. a. O., S. 62: zitiert *Perroux*, der statt Überstaaten zu fordern, Abkommen zur Koordinierung nationaler Politik für ein realistisches Ziel hält.

*Myrdal* a. a. O., S. 63: »Jede Argumentation zugunsten internationaler Integration muß mit positiven Begriffen der weiteren Gemeinschaft von Interessen und Bestrebungen geführt werden, statt mit negativen Begriffen des Einreißen der Schutzwälle nationaler Integration.« Auch S. 65.

<sup>15</sup> *Hallstein* a. a. O., S. 276. *Meyer-Cording* a. a. O., S. 298.

Gewiß ist das nachprüfbar Erreichte noch weit vom gewünschten Ziel entfernt, und es sieht im Augenblick nicht danach aus, daß es schon bald zu der ökonomisch sinnvollen, gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik kommen wird. Andererseits aber hält ein ständiges Ringen um die europäischen Probleme doch auch den Gedanken an Europa wach, dessen Lebensfähigkeit keineswegs allein von dem Gelingen eines gemeinsamen Marktes von sechs Ländern abhängig ist. Es gibt Beobachter, die geradezu das Gegenteil befürchten. – An dieser Stelle möchte ich auch auf die Arbeit des europäischen Parlamentes hinweisen, das oft abwertend als »Quasselbude« verlästert wird, weil es keine legislativen Kompetenzen hat. Diese, ich möchte sagen, positivistische Kritik unterschätzt die Bedeutung, die in den regelmäßigen persönlichen Begegnungen europäischer Politiker liegt, durch die gewiß auch ein Beitrag zur Entwicklung und Stärkung eines Europabewußtseins wenigstens im Bereich der Politiker geleistet wird.

Daß wir zur Zeit zwei Gruppierungen, nämlich EWG und EFTA, haben, die nebeneinander arbeiten, ist allerdings für die weitere europäische Entwicklung kaum ein Vorteil.

Die optimistischen Erwartungen, das EWG und EFTA im Laufe der Zeit schon zusammenwachsen werden, haben sich bis jetzt nicht bestätigt. So stiegen zum Beispiel die Exporte der Bundesrepublik von 1962 auf 1963 in die EWG um 20 %, in die EFTA aber nur um 7,4 %.

Innerhalb der EWG haben inzwischen die Unternehmer verstanden, daß man sich dem größeren EWG-Markt anpassen muß. Sie richten sich in ihren wirtschaftlichen Dispositionen auf das Vorhandensein eines gemeinsamen europäischen Marktes ein, sie beginnen, europäisch zu denken. Hierbei sind die ohnehin außenhandelsorientierten Großunternehmer schneller in ihrer Reaktion als die Mittel- und Kleinbetriebe<sup>16</sup>. Daß es dabei auch zur Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg kommt, hat erst kürzlich der Kooperationsvertrag zwischen zwei deutschen und einem holländischen Stahlkonzern gezeigt.

Ein wesentlicher Mangel dieser Erscheinungen bleibt aber, daß die damit verbundene europäische Bewußtseinsbildung auf einen zu kleinen Kreis der Bevölkerung beschränkt bleibt<sup>17</sup>.

---

<sup>16</sup> Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1965 S. 237, Dr. Wolf Donner: Der Stand der wirtschaftlichen Integration Europas im Frühjahr 1965.

<sup>17</sup> Meyer-Cording a. a. O., S. 299.

Es genügt nicht, daß einige Politiker und Unternehmer sich mit diesen Fragen befassen – so wichtig das auch sein mag –, die Völker müssen europäisch denken und fühlen lernen<sup>18</sup>.

7. Daß es so etwas wie ein europäisches Bewußtsein auch heute gibt, zeigt sich deutlich, wenn wir uns mit den Menschen anderer Kontinente oder besser: Kulturräume, vergleichen. Wenn wir in Europa von Amerikanisierung sprechen, dann muß doch wohl etwas Europäisches existieren, das amerikanisiert werden kann. Schon im ausgehenden europäischen Mittelalter hat es so etwas wie eine europäische Großwirtschaft und ein Bewußtsein von einer christlichen europäischen Gemeinschaft sehr wohl gegeben<sup>19</sup>.

Das europäische Bewußtsein bedeutet historisch in erster Linie die Besinnung darauf, daß Europa sein kulturelles und geistiges Erbe weitgehend dem Christentum verdankt, das die entscheidenden Merkmale der freien Persönlichkeit herausgebildet hat, nämlich: Die Verantwortung vor Gott für sein Eigenschicksal und für das Schicksal der Gesellschaft. Dies zeigt aber auch den kritischen Punkt aller nur auf die ökonomischen Daten ausgerichteten Europapolitik.

*Pius XII.* hat das einmal folgendermaßen ausgedrückt:

»Nur eine auf geistigen Interessen beruhende Gemeinschaft kann auf die Dauer Menschen zusammenhalten«<sup>20</sup>.

Damit soll die Bedeutung der wirtschaftlichen Integration nicht unterschätzt, aber eben auch nicht überschätzt werden. Wenn man an die Lebensfähigkeit des Christentums in Europa glaubt, dann muß auch ein daraus entwickeltes europäisches Bewußtsein möglich sein.

<sup>18</sup> *Müller-Armack* a. a. O., Frankfurt 1957, S. 535: »Europa kann nicht von Experten allein geschaffen werden. Es bedarf des freudigen Mitgehens der öffentlichen Meinung und insbesondere der Jugend«. *Meyer-Cording* a. a. O., S. 295.

<sup>19</sup> Vgl. die umfangreiche Darstellung der europäischen Handels- und Finanzgeschäfte der Fugger-Gesellschaft durch *von Pöllnitz*: *Die Fugger*, Frankfurt, 1960. *Müller-Armack*, Stuttgart 1959, a. a. O., S. 581:

»Bereits in den mittelalterlichen Städten trat jene Vertiefung der Arbeitsgesinnung hervor, die den europäischen Völkern seither ihre Besonderheit gibt. Eine Wirtschaftskultur von verhältnismäßiger Gleichförmigkeit durchzog schon damals ganz Europa«. S. 588: »Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung hat uns gelehrt, daß es einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsstil gibt«.

<sup>20</sup> *Gundlach* sagte in einem Diskussionsbeitrag (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Band IV, S. 126):

»Von Hause aus ist die Gesellschaft nicht pluralistisch. Sie ist überhaupt nicht möglich ohne bestimmte, für alle Menschen geltende Grundwerte. Daß sie unter deren Anerkennung dann unter freien Menschen eine pluralistische wird, war immer wahr und ist nicht erst eine Sache von heute. Eine Sache von heute aber ist die Tatsache, daß man die absolut geltenden, objektiven Grundwerte leugnet und einem Relativismus überantwortet«.

Es wäre dies das stärkere Bewußtwerden gemeinsamer christlich geprägter Werte ohne Verzicht auf nationale Eigenarten. Vergleichsweise wird sicher niemand behaupten, die Bayern hätten ihre Eigenart verloren, seit sie sich als Deutsche fühlen.

8. Wir wollen uns nun der Frage zuwenden, welche Rolle der Unternehmer, insbesondere der seiner Verantwortung bewußte christliche Unternehmer in dieser Entwicklung spielt oder spielen sollte.

Wir befinden uns heute inmitten einer breiter werdenden Diskussion über den gesellschaftspolitischen Standort des Unternehmers. Was ist das für eine Figur, der Unternehmer? Welche Aufgabe hat er? Von wem erhält er seinen Auftrag, wem ist er verantwortlich?

In der gesellschaftspolitischen Euphorie des Liberalismus vergangener Generationen erschien die Gewinnmaximierung als die einzige wesentliche Aufgabe des Unternehmers, und die Höhe des von ihm erzielten Gewinnes als das einzige Kriterium für seine volkswirtschaftliche Bedeutung und gesellschaftspolitische Einordnung.

Ich zweifle nicht daran, daß unsere Vorfahren schon die Frage, ob der Unternehmer eine Verantwortung für Europa haben könne, für absurd gehalten hätten, weil sie eben ein anderes, engeres, nämlich das alt-liberale Unternehmerbild für einzig gültig hielten. Hinzu kam, daß damals die gesellschaftliche Integration gerade erst die Nationen erreichte. Über die Grenzen hinweg dagegen sah man mehr das Unterscheidende als das Gemeinsame.

Wenn auch die rentable Führung des Unternehmens zu den entscheidenden Aufgaben des Unternehmers gehört, so sind heute doch die klügeren Köpfe wohl einhellig der Ansicht, daß das Profitmachen allein nicht mehr ausreicht, um sich als Unternehmer zu legitimieren. In der Sprache des Mathematikers würde man sagen, daß der Gewinn zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Charakterisierung unternehmerischer Tätigkeit sei.

Unsere Frage stellt sich deshalb heute in einer veränderten Situation: einmal, weil der Unternehmer sich seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung bewußt zu werden beginnt, und dann auch, weil die politische und ökonomische Aktivierung anderer Erdteile dazu führt, daß heute die Bewohner Europas stärker das sie Einigende als das Unterscheidende sehen. Die Unternehmer spüren, daß die europäische Integration ein – trotz aller Rückschläge – unaufhaltsamer Prozeß ist<sup>21</sup>.

---

<sup>21</sup> Vgl. Rede des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer

Es gibt wohl kaum ein Berufsbild, das in der Vorstellung der Menschen so undeutlich ist wie das des Unternehmers. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß seine eigentlichen Aufgaben geistiger Natur und nur schwer faßbar<sup>22</sup> sind, außer in den Realisationen, die durch seine Initiative von anderen technisch-materiell geschaffen werden. Zwei berühmte Definitionen der unternehmerischen Aufgabe seien hier notiert:

*Schumpeter*: »Schöpferische Kombination der Produktionsfaktoren (Innovationen)« und

*Briefs*: »Die Kosten in Schach und Proportion halten«.

Für die Beschreibung der gesellschaftspolitischen Funktion des Unternehmers reichen aber diese Kriterien nicht mehr aus<sup>23</sup>.

Die Zeiten sind vorüber, in denen man die vorhandene Gesellschaftsordnung als endgültig gesichert, sozusagen von Gottes Gnaden als selbstverständlich hinnehmen konnte einschließlich der Eigentumsordnung und der Freiheitsgarantien. Es hat sich gezeigt, daß eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, die für das Wirken des Unternehmers eine unerläßliche Voraussetzung ist, sich ständig veränderten Umweltsbedingungen anpassen, verbessern und sichern muß. Und diesen gesellschafts-politischen Prozeß muß auch der Unternehmer mitgestalten.

---

(ASV) *Dieter Fertsch-Röver* am 28. 5. 1965: Der Unternehmer in einer expandierenden Wirtschaft. – Europakonferenz der UNIAPAC (Internationale Vereinigung christlicher Unternehmervverbände) 16. bis 18. 6. 1965: Die Einheit Europas: Eine gemeinsame Aufgabe der Sozialpartner und der Regierungen.

<sup>22</sup> Vgl. *C. H. Greenewalt* (Präsident des größten Chemiekonzerns der Welt): *The uncommon Man*, New York, 1959. In der deutschen Übersetzung Econ-Verlag 1960, S. 76: »Je mehr ich darüber nachdachte, desto mehr beeindruckte mich die Tatsache, daß es im Bereich der wirtschaftlichen Führungskräfte kein festgelegtes Verfahren, kein starres Schema, keinen Gradmesser der Leistung gibt, nichts, was zähl- und meßbar wäre«.

<sup>23</sup> Hierzu gibt es zahlreiche Äußerungen, auch von Unternehmern. Ich möchte nur auf die folgenden hinweisen: *J. Höffner*: *Das Ethos des Unternehmers*, Köln, 1956, S. 16; *J. Höffner*: *Gesellschaftspolitik aus christlicher Weltverantwortung. Reden und Aufsätze*, Münster 1966; *Klaus v. Bismark*: *Der Mensch in der Wirtschaft, Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde Christlicher Akademiearbeit*, Essen, März 1960, S. 16; *Franz Greiss* in: *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*, Berlin, 1961, S. 542; *G. Spindler*: a. a. O., S. 38, 42 und 63; *E. Voegelin*: *Demokratie und Industriegesellschaft*, in: *Die Unternehmerische Verantwortung in unserer Gesellschaftsordnung*, Veröffentlichung der Walter-Raymond-Stiftung, Band IV, S. 114; *Curt Becker*: *Ein Unternehmer unserer Zeit, Reden und Aufsätze*, Düsseldorf, 1965; *A. Münchmeyer*: *Walter-Raymond-Stiftung*, Band IV, S. 71, 80; *P. H. Werhahn*: *Unternehmerische Verantwortung und ökumenisches Denken*, Münster, 1965.

In der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute heißt es in Textziffer 72:

»Die Christen, die am heutigen wirtschaftlich-sozialen Fortschritt aktiv teilnehmen und sich zu Vorkämpfern für Gerechtigkeit und Liebe machen, sollen überzeugt sein, daß sie viel zum Wohle der Menschheit und zum Frieden der Welt beitragen können<sup>24</sup>. Und aus der Enzyklika »Pacem in Terris« Kapitel IV sei daran erinnert, daß dort anstelle des bisher üblichen Begriffes des nationalen Gemeinwohles erstmals der neue Begriff des universalen Gemeinwohles eingeführt worden ist, den auch der Unternehmer – sofern er Christ sein will und zunächst wenigstens als Europäer – annehmen und danach handeln sollte.

Wer den Unternehmer auch heute noch nur als Betriebsleiter ohne gesellschaftspolitische Verantwortung sieht, erkennt im Grunde auch keinen Unterschied mehr zwischen dem westlichen Unternehmer und einem östlichen Manager<sup>25</sup>.

Entscheidend für das Unternehmerbild ist nicht der Unterschied: Eigentums-Unternehmer – Manager, sondern der Unterschied zwischen dem freien, auch gesellschaftspolitisch verantwortlichen Unternehmer und dem bloßen Betriebsorganisator.

9. Ein gemeinsamer Markt ist noch kein vereintes Europa. Trotzdem ist festzuhalten, daß die integrierende Wirkung eines gemeinsamen Marktes sicher nützlich sein wird. Doch sollte man diesen Nutzeffekt auch nicht überschätzen<sup>26</sup>. Ein Vereintes Europa muß mehr sein als ein gemeinsamer Markt. Ohne die Entwicklung eines europäischen Bewußtseins geht es nicht. Das kommt übrigens in der Bezeichnung »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« deutlich zum Ausdruck. Um so

---

<sup>24</sup> Vgl. auch unter der Überschrift: »Die Mitarbeit aller am öffentlichen Leben« in Textziffer 75:

»Die Christen sollen in der politischen Gemeinschaft jene Berufung beachten, die ihnen ganz besonders eigen ist. Sie sollen beispielgebend dafür sein, wie man aus Gewissensverantwortung handelt und sich für das Gemeinwohl einsetzt«.

<sup>25</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 5. 11. 1965, Blatt 10: Bericht über einen Vortrag von Prof. *Tinbergen* vor der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Aus der Sicht des Planungstechnikers sieht *Tinbergen* eine wachsende Bedeutung der reinen Manager, im Westen zu Lasten der »Kapitalisten«, im Osten zu Lasten der »Ideologen«.

<sup>26</sup> *Myrdal* a. a. O., S. 55; *Müller-Armack*: Die Vorbereitungen der Unternehmungen auf dem gemeinsamen Markt in gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung, Juli 1959, S. 356; *ders.*: Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Heft 3/1965, S. 8/9.

alarmierender ist es, wenn in der Öffentlichkeit fast nur noch das blutarme, liberale Etikett »Gemeinsamer Markt« verwendet wird. Die europäische Einigung ist eine politische Aufgabe. Das heißt aber nicht, daß wir sie den Politikern, oder gar – wie es zur Zeit zu sein scheint und bei einer Fusion der Exekutiven noch verstärkt würde – den europäischen Funktionären vollständig überlassen können. Wir müssen vielmehr im wirtschaftlich-sozialen Bereich alle Kräfte, das heißt auch die Unternehmer, mobilisieren, nationalistischen Entwicklungen entgegenzuwirken und zur Entwicklung eines europäischen Bewußtseins beizutragen. Damit wird gewissermaßen von unten her die politische Entscheidung für ein vereintes Europa vorbereitet und gefördert. Die Europa-Konferenz der UNIAPAC (Berlin, Juni 1965) hat deshalb die Schaffung europäischer Organisationen der Sozialpartner empfohlen, die – ausgestattet mit den nötigen wirtschaftlichen und sozialen Vollmachten – am Aufbau eines Europas mitarbeiten, das durch Wohlstand und Solidarität gekennzeichnet ist. Damit würde die bisher in mancher Hinsicht durchaus erfolgreiche Zusammenarbeit der Sozialpartner auf nationaler Ebene auch auf die internationale Ebene ausgeweitet werden. Zur Zeit gibt es schon in Holland, Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg sozial-ökonomische Räte mit allerdings verschiedenen Kompetenzen. Dagegen ist in Deutschland ein »Bundswirtschaftsrat« bisher nicht zustandegekommen. Neben diesen staatlichen Institutionen gibt es aber in den meisten Ländern der EWG formelle Gipfelgespräche zwischen den Sozialpartnern, so in Italien, Belgien, Holland und der Bundesrepublik. Ansatzpunkte für eine europäische Aktivität zwischen den Sozialpartnern scheinen daher durchaus vorhanden zu sein.

In einem sehr sachkundigen Aufsatz: »Die Vorbereitungen der Unternehmungen auf den gemeinsamen europäischen Markt als Gemeinschaftsaufgabe einzelner Wirtschaftszweige« hat *Curt Becker*<sup>27</sup> darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftsverbände eine wichtige Aufgabe in der Hinführung ihrer Mitglieder zum europäischen Denken haben. Dabei denkt er an sehr praktische Aufgaben im Bereiche der Betriebswirtschaft, besonders an das weite Feld betriebsvergleichender Arbeiten. Solche Betriebsvergleiche werden schon seit Jahren in einer Reihe von Industriezweigen, auch auf internationaler Basis, durchgeführt. Der nächste Schritt wäre ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch innerhalb gleicher Industriezweige. Hierfür müßte aber in sehr vielen

---

<sup>27</sup> Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung, 11. Jahrgang, Heft 7, S. 373 ff.

Fällen erst der Verband seinen eigenen Mitgliedern die Problematik und die Auswirkung des gemeinsamen Marktes näherbringen, das heißt also: Aufklärung leisten, um die Unternehmungen für eine Mitarbeit auf europäischer Ebene zu gewinnen. Heute fehlt es immer noch weitgehend an der erforderlichen Kenntnis der Marktstruktur der einzelnen europäischen Länder. Die Kenntnisse darüber müssen gesammelt und ausgewertet werden.

Aber auch in den Randgebieten ihrer Tätigkeit, so in der Bildungs- und Jugendpolitik, sollten Unternehmer, wo immer es möglich ist, ihren Einfluß geltend machen, um auch da die Weichen nach Europa zu stellen.

Wir leben in einer Welt schnellen technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes. Vieles deutet darauf hin, daß wir uns im Übergang von einer Produktionsgesellschaft zu einer Verbrauchergesellschaft befinden. Man braucht nur auf Autoren wie *Galbraith*, *Fowrastié* oder *Riesman* hinzuweisen. Das begünstigt den globalen Trend zu einer Weltzivilisation, der schon bald das Beharren auf nationalistischem Provinzialismus anachronistisch erscheinen lassen wird. Der Unternehmer, der in seinem Beruf gezwungen ist, auf der Grundlage sorgfältiger Analysen der Gegenwart und Einschätzungen der Zukunft ständig vorausschauend zu planen, sollte eigentlich auch auf dem Felde der Europapolitik mit gleichen Methoden der Analyse und Voraus-schätzung arbeiten, das heißt aber, nicht europäisch deklamieren, sondern handeln.

So ergeben sich für ein europäisches Handeln der Unternehmer drei Voraussetzungen, die sie selbst schaffen können:

1. Eine bessere Kenntnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Daten der europäischen Länder und ihre gegenseitige Zuordnung.
2. Die Anerkennung eines vereinten Europas als Ziel und Aufgabe, auch gegen nationalistische Strömungen politischer Kräfte und egoistischer Interessengruppen in den eigenen Reihen.
3. Die Erarbeitung gemeinsamer Grundsätze für eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die christliche Soziallehre, die auch für Nicht-Christen annehmbar ist, sollte dabei als Richtschnur dienen.

Daß dies wirklich wichtige Aufgaben für den Unternehmer und seine Organisationen sind, die nicht damit abgetan werden können, daß sie ihm keinen unmittelbaren Gewinn bringen, hat Pastor *Doehring* auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum 1958 in sehr eindringlicher Weise formuliert:

»Der Unternehmer muß wählen, ob er die ihm auferlegte gesellschafts-  
politische Verantwortung annimmt. Dann erfüllt er den Auftrag, den  
seine Zeit ihm stellt, und er gehört zur Führungsschicht. Oder aber,  
er wiegt sich in der Illusion, seine Macht und seinen Erfolg lediglich  
›privat‹ gebrauchen zu können. Dann muß die politische Entwicklung  
über ihn hinweggehen«.